



Ausgewählte Ergebnisse der Politikpanel Deutschland Umfrage Juli 2024

31.07.2024

Prof. Dr. Uwe Wagschal
Dr. Sebastian Jäckle

unter Mitarbeit von Dr. James Kenneth Timmis

Kontakt:

Prof. Dr. Uwe Wagschal
Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
Seminar für Wissenschaftliche Politik
Werthmannstraße 12
79085 Freiburg
E-Mail: politikpanel@politik.uni-freiburg.de
Telefon: 0761/203-9361



Inhaltsverzeichnis

A: Umfragedauer	2
B: Alter & Geschlecht	2
C: Alter & Bundesland	3
1. Krisenwahrnehmung und Zukunftsängste	4
2. Wählerwanderung EU-Wahl → Sonntagsfrage Bundestagswahl	9
3. US-Präsidentschaftswahl	10
4. Gesundheit	12

Das Politikpanel Deutschland ist eine Online-Befragung der Universität Freiburg unter der Leitung von Prof. Dr. Uwe Wagschal (Seminar für Wissenschaftliche Politik), die seit der Bundestagswahl 2017 in unregelmäßigen Abständen durchgeführt wird. Dabei wurden bislang mehrere zehntausend Personen befragt.

Die vorliegende Befragung wurde im Zeitraum vom 15. bis 28. Juli 2024 durchgeführt. Insgesamt haben an der Umfrage 7.853 Personen teilgenommen, wobei 7.202 den Fragebogen beendeten.

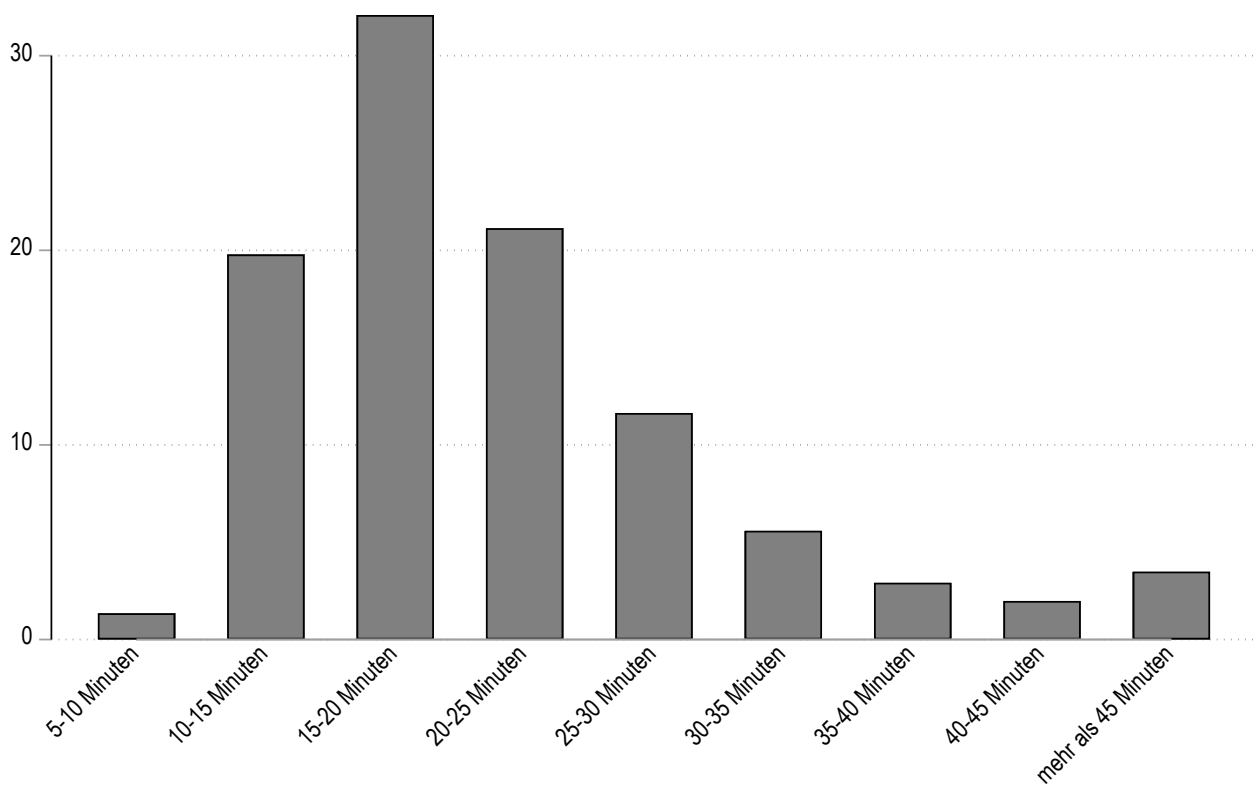
Die Teile A-C geben einen Überblick über den ungewichteten Datensatz.

Für alle weiteren Analysen (1-5) werden die Daten der Teilnehmerinnen und Teilnehmer über ein Proportional Iterative Fitting Verfahren (Raking) anhand der Randhäufigkeiten von Altersgruppe (18-30, 31-45, 46-60, 60+), Geschlecht (m/w), Bundesland und Sonntagsfrage¹ an die reale Verteilung in der Bevölkerung angepasst. Durch diese Gewichtung ist es möglich, ähnlich wie bei einer Zufallsstichprobe, verallgemeinerbare Aussagen über die gesamte Bevölkerung anzustellen. Diese Gewichtung sowie die bei allen Fragen gegebene Möglichkeit keine Antwort zu geben, erklären auch die Differenzen in der Gesamtfallzahl in den folgenden Auswertungen.

¹ Für die Sonntagsfrage wird beim Raking auf den Mittelwert der vier folgenden repräsentativen Umfragen zurückgegriffen: Kantar Emnid 12.07.2024, Forsa 23.07.2024, Forschungsgruppe Wahlen 12.07.2024 und Infratest dimap 04.07.2024.

A: Umfragedauer

Ungewichtet in Prozent aller Teilnehmenden, welche die Umfrage ohne Unterbrechung beendet haben (N = 8.393)



Die durchschnittliche Umfragedauer lag bei etwa 21:53 Minuten, mit einer Standardabweichung von etwa 9:52 Minuten. 390 Personen haben nach einer längeren Unterbrechung die Umfrage beendet. Für diese ist keine Umfragedauer ausgewiesen. 651 Personen haben die Umfrage begonnen, aber nicht beendet. Diese haben im Durchschnitt 5:04 Minuten auf der Online-Seite der Umfrage verbracht.

B: Alter & Geschlecht

Ungewichtete absolute Anzahl an Teilnehmenden, welche die Umfrage beendet haben

Geschlecht	Altersgruppen					Summe
	18-30	31-45	46-60	> 60	k.A.	
männlich	511	842	1331	1706	7	4397
weiblich	265	616	935	907	0	2723
nicht binär	20	18	7	1	0	46
k.A.	6	7	19	4	0	36
Summe	802	1483	2292	2618	7	7202

Männer sind in der Umfrage überrepräsentiert. Dies ist ein bekanntes Phänomen bei sich selbst rekrutierenden Online-Umfragen. In Bezug auf die Altersverteilung hingegen ist diese Umfrage des Politikpanel Deutschland relativ gut repräsentativ. Es sind sowohl junge als auch ältere Personen vertreten.

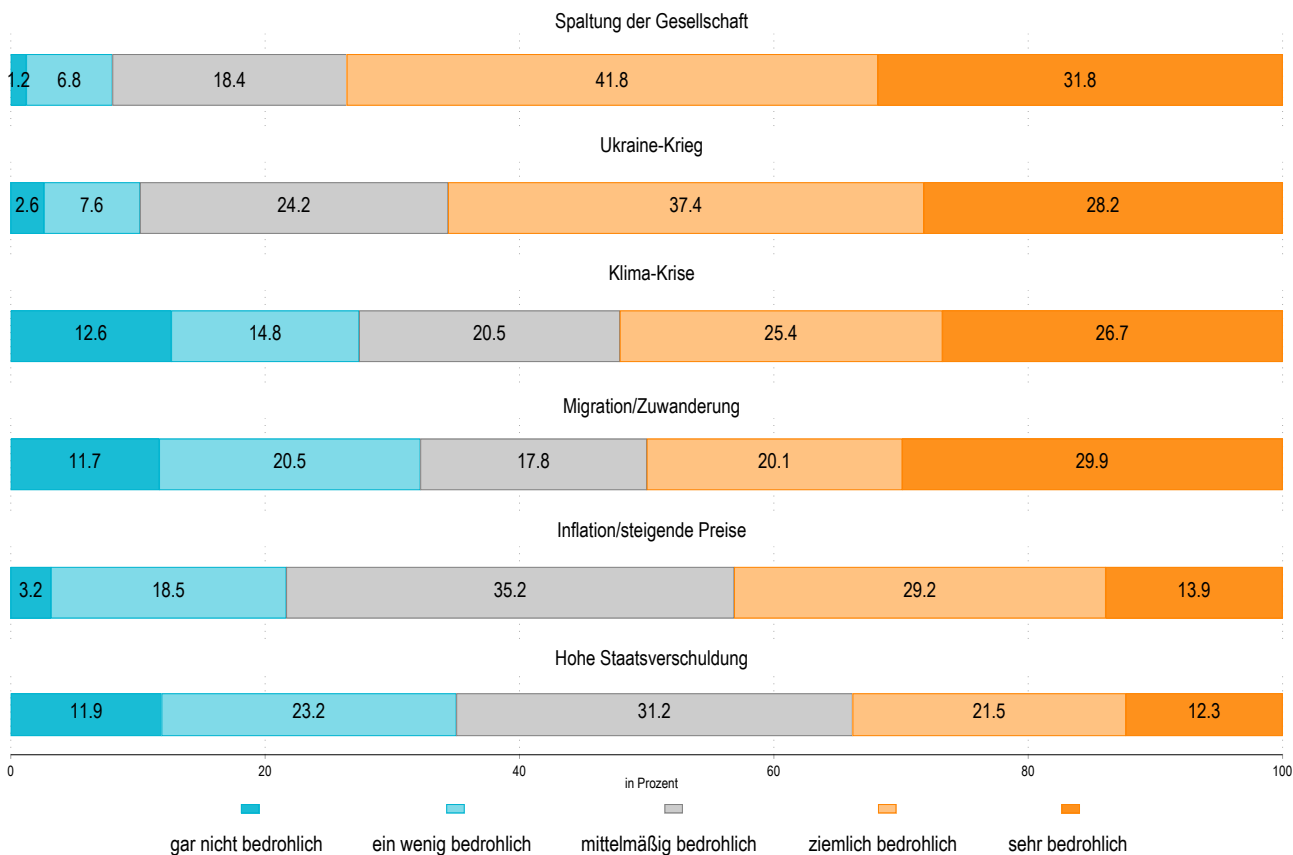
C: Alter & Bundesland

Ungewichtete absolute Anzahl an Teilnehmenden, welche die Umfrage beendet haben

Bundesland	Altersgruppen					Summe
	18-30	31-45	46-60	> 60	k.A.	
Baden-Württemberg	203	288	420	679	2	1592
Bayern	112	230	324	290	1	957
Berlin	36	82	98	82	0	298
Brandenburg	26	19	50	59	0	154
Bremen	8	49	90	197	0	344
Hamburg	16	35	50	46	0	147
Hessen	54	103	133	118	0	408
Mecklenburg-Vorpommern	5	17	31	35	0	88
Niedersachsen	65	110	218	234	3	630
Nordrhein-Westfalen	136	273	462	490	0	1361
Rheinland-Pfalz	18	51	96	125	0	290
Saarland	7	20	36	17	0	80
Sachsen	41	85	84	56	0	266
Sachsen-Anhalt	16	20	43	22	1	102
Schleswig-Holstein	21	42	83	77	0	223
Thüringen	21	40	48	57	0	166
Ausland	16	18	21	32	0	87
k.A.	1	1	5	2	0	9
Summe	802	1483	2292	2618	7	7202

1. Krisenwahrnehmung und Zukunftsängste

Abbildung 1.1: Antworten auf die Frage: Die heutige Zeit ist von vielen Krisen geprägt. Für wie bedrohlich halten Sie die folgenden Krisen?



Mit deutlichem Abstand wird die Spaltung der Gesellschaft von den Befragten als die bedrohlichste der sechs abgefragten Krisen bewertet: fast 74 Prozent begreifen diese als ziemlich oder sehr bedrohlich und nur etwa 8 Prozent sehen in der sozialen Spaltung gar keine oder eher keine Bedrohung (vgl. Abb. 1). Es folgen in der Bedrohungswahrnehmung der Befragten die Themen Ukraine-Krieg, Klima-Krise und Migration/Zuwanderung, die von 50 bis 66 Prozent der Befragten als ziemlich oder sehr bedrohlich wahrgenommen werden. Bei der Inflation hat die Bedrohungswahrnehmung im Vergleich zum letzten Politikpanel im September 2023 deutlich nachgelassen. Waren es damals noch 55 Prozent, die die steigenden Preise ziemlich oder sehr bedrohlich einschätzten, sind es jetzt im Juli 2024 nur noch 43 Prozent. Dies korrespondiert gut mit der realen Entwicklung der Preise: Die Veränderungsraten im Vergleich zum Vorjahresmonat lagen im August 2023 noch bei 6,1 Prozent, im Juni 2024 sind sie mittlerweile nur noch bei 2,2 Prozent.² Die Staatsverschuldung wird von den Befragten weiterhin als die geringste Bedrohung wahrgenommen. Wie bereits in früheren Umfragewellen zeigt sich insbesondere bei den Themen Klima-Krise und Migration/Zuwanderung eine relativ starke Spaltung in ein Lager derjenigen, die hier gar keine Bedrohung sehen und derjenigen, die eine sehr große Bedrohung wahrnehmen. Eine sehr viel einheitlichere Bedrohungswahrnehmung haben die Befragten hingegen in Bezug auf die Spaltung der Gesellschaft, den Ukraine-Krieg und das Thema Inflation.

Im Vergleich zum letzten Politikpanel aus dem September 2023 (bei der an Stelle des Themas Spaltung der Gesellschaft die Corona-Krise abgefragt worden war) fällt zudem auf, dass die Bedrohungswahrnehmung des

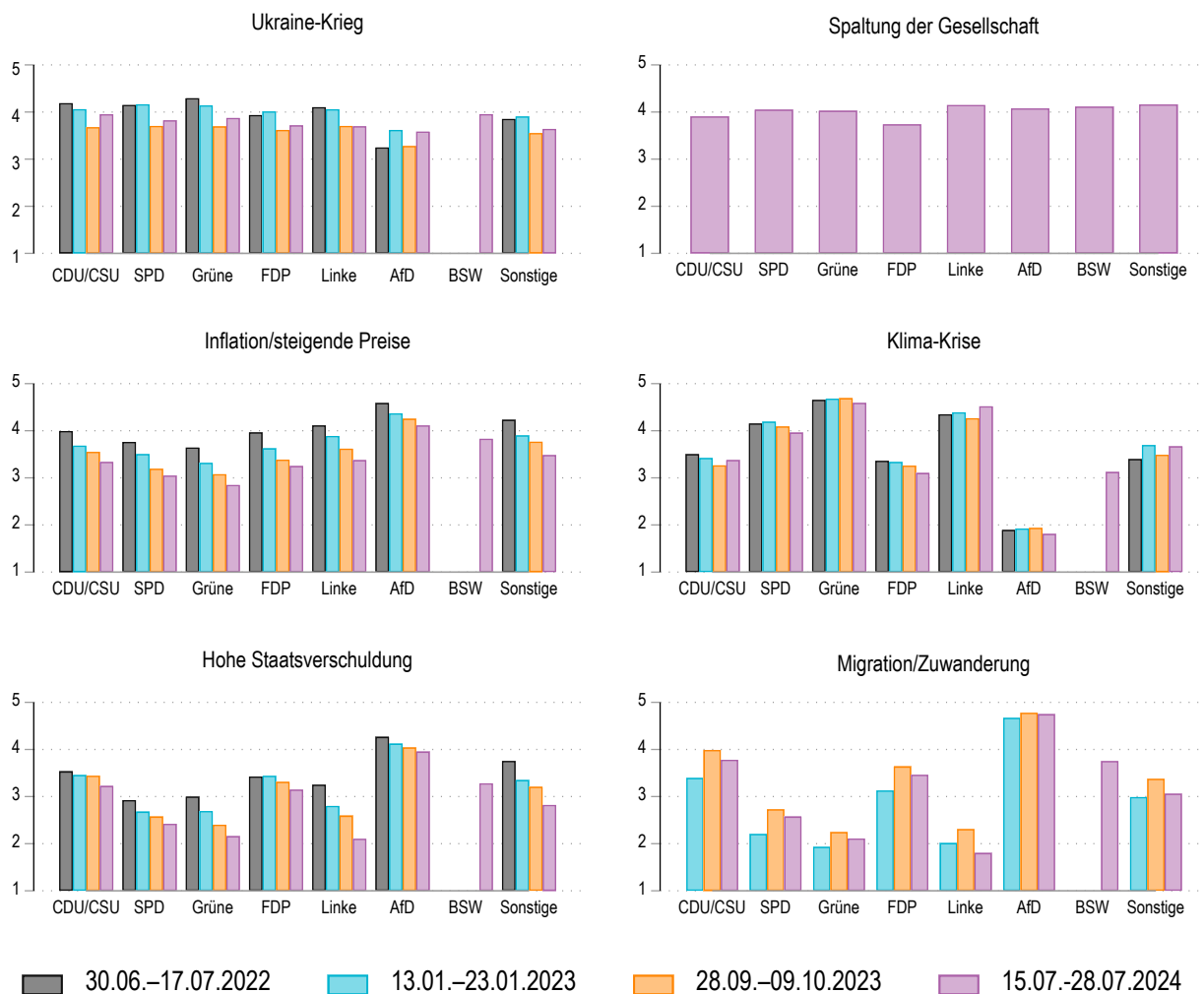
² Vgl. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Preise/Verbraucherpreisindex/Tabellen/Verbraucherpreise-12Kategorien.html#236118>

Ukraine-Krieges gestiegen und diejenige der Klima Krise relativ stabil geblieben ist, während mittlerweile weniger Befragte die Themen Migration/Zuwanderung, Inflation/hohe Preise und eine hohe Staatsverschuldung als bedrohlich ansehen.

Die Wahrnehmung der Krisen unterscheidet sich dabei wie in vorherigen Politikpanel Deutschland Umfragen zum Teil deutlich danach, welche Partei die Befragten bei der nächsten Bundestagswahl wählen würden (vgl. Abb. 1.2). Bei der erstmals abgefragten Kategorie Spaltung der Gesellschaft zeigt sich nur eine relativ geringe Varianz, wobei FDP-Anhänger/innen hier im Vergleich die geringste Bedrohung wahrnehmen und die der Linken die größte. Die Bedrohungswahrnehmung des Ukraine-Krieges hat über alle Parteien leicht zugelegt. Besonders die Anhänger/innen der Unionsparteien und des BSW sehen hier eine Gefahr. Beim Thema Klimakrise zeigen sich leicht abweichende Entwicklungen. Während SPD-, FDP- und AfD-Anhänger/innen hier eine geringere Bedrohung sehen als noch im September 2023, gehen diejenigen Befragten mit Wahlabsicht Linke von einer gestiegenen Bedrohung aus.

Insbesondere die AfD-Anhänger/innen stechen vielfach heraus. Sie sehen weiterhin den Ukraine-Krieg, aber vor allem die Klima-Krise als deutlich weniger bedrohlich, als es die Anhänger/innen der anderen Parteien tun. Gleichzeitig sind die AfD-Anhänger/innen diejenigen, die die Inflation und die Krise der öffentlichen Finanzen (Staatsverschuldung) als sehr bedrohlich wahrnehmen. Beim Thema Migration/Zuwanderung zeigt sich bei den Anhänger/innen fast aller Parteien eine leichte Abnahme der Bedrohungswahrnehmung im Vergleich zum September 2023. Bei denjenigen, die die AfD wählen würden, verharrt die Bedrohungswahrnehmung in Bezug auf Migration/Zuwanderung hingegen auf einem sehr hohen, mit durchschnittlich 4,8 Punkten fast maximalem Niveau. Von den Anhänger/innen der Grünen und der Linken wird Migration/Zuwanderung durchschnittlich weiterhin als vergleichsweise wenig bedrohliches Thema betrachtet. Die Themen Staatsverschuldung und Inflation verlieren über alle Parteien hinweg an Bedrohlichkeit. Das zum ersten Mal mit abgefragte BSW sortiert sich in Bezug auf die Bedrohungswahrnehmung seiner Anhänger/innen bei den Themen Klimakrise und Migration etwa auf dem Niveau der FDP- und CDU/CSU-Anhänger/innen ein.

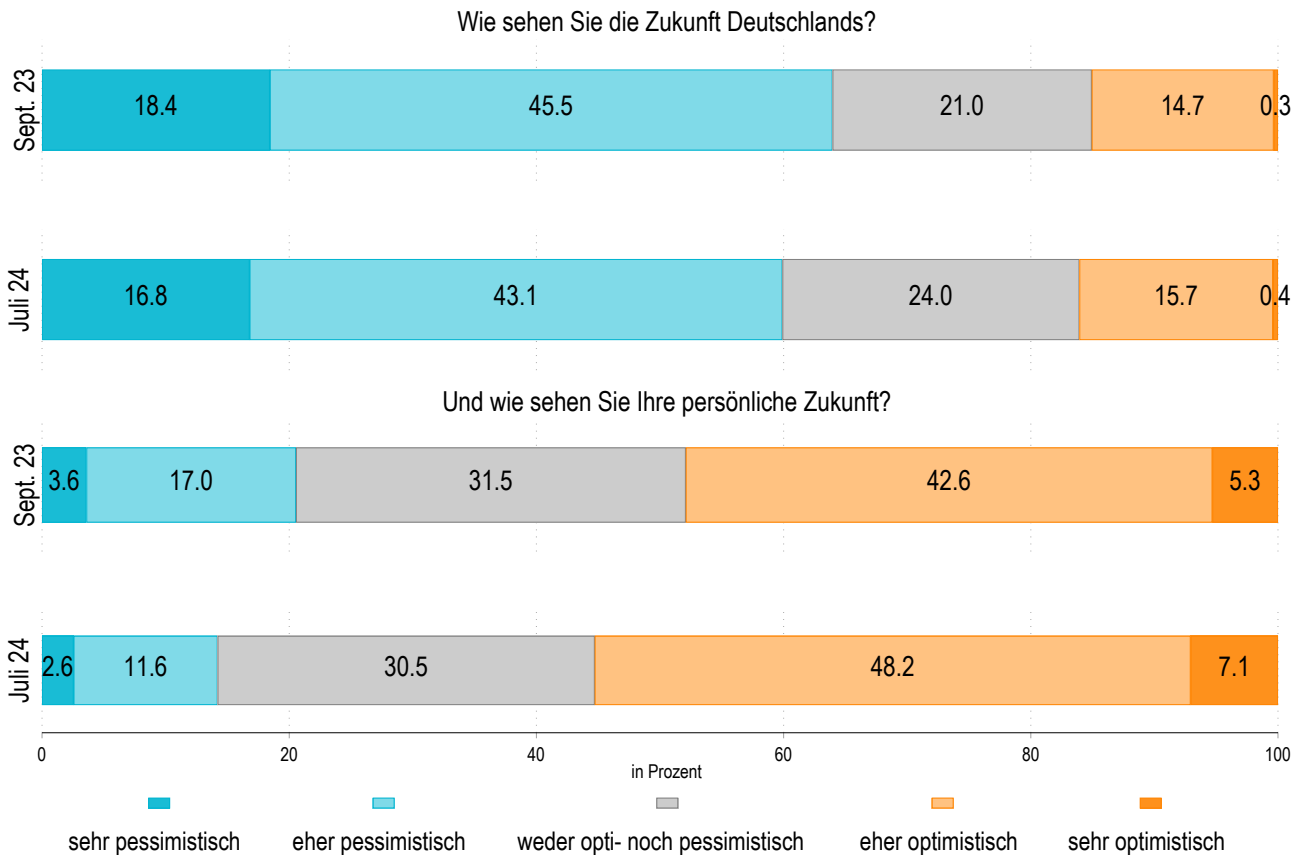
Abbildung 1.2: Mittelwert Krisenwahrnehmung nach Sonntagsfrage (1 = gar nicht bedrohlich; 5 = sehr bedrohlich) im Vergleich mit den Umfragen aus Juni/Juli 2022, Januar 2023 und September 2023



Anmerkung: Spaltung der Gesellschaft wurde erstmals Juli 2024 abgefragt; das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) ist in der Juli 2024 Umfrage erstmals als eigene Partei enthalten.

Bei der Frage, wie optimistisch, bzw. pessimistisch die Befragten einerseits die Zukunft Deutschlands und andererseits ihre eigene persönliche Zukunft einschätzen, zeigen sich zwei Befunde (vgl. Abb. 1.3). Erstens wird sowohl die Zukunft Deutschlands als auch die eigene persönliche Zukunft aktuell wieder besser eingeschätzt als im letzten Politikpanel im September 2023. Zweitens zeigt sich weiterhin eine deutliche Diskrepanz zwischen den beiden Fragen. Während die Zukunft des Landes mehrheitlich (60 Prozent) sehr oder ziemlich pessimistisch gesehen wird und v.a. hier fast niemand eine sehr positive Sicht auf die Zukunft Deutschlands hat, sind die Befragten weitaus weniger pessimistisch im Hinblick auf ihre eigene, persönliche Zukunft. Nur etwa 14 Prozent sind hier eher oder sehr pessimistisch während 55 Prozent eher oder sehr optimistisch in die eigene Zukunft blicken.

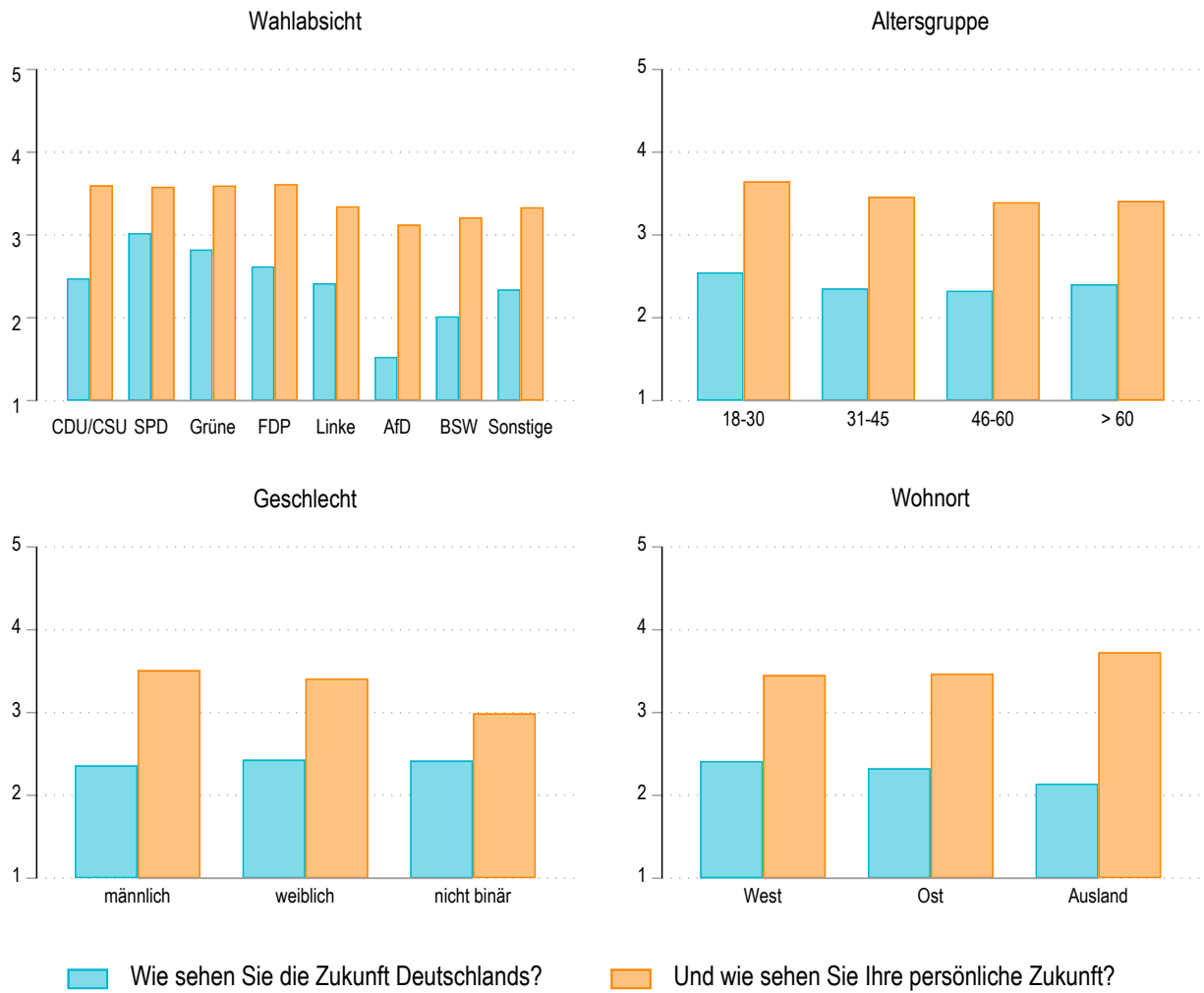
Abbildung 1.3: Antworten auf die Fragen: Wie sehen Sie die Zukunft Deutschlands? Und wie sehen Sie Ihre persönliche Zukunft?



Betrachtet man die Mittelwerte dieser beiden Fragen nach Wahlabsicht (Sonntagsfrage), Altersgruppe, Geschlecht und Wohnort in West- oder Ostdeutschland (vgl. Abb. 1.4), lassen sich die folgenden Gemeinsamkeiten und Unterschiede konstatieren:

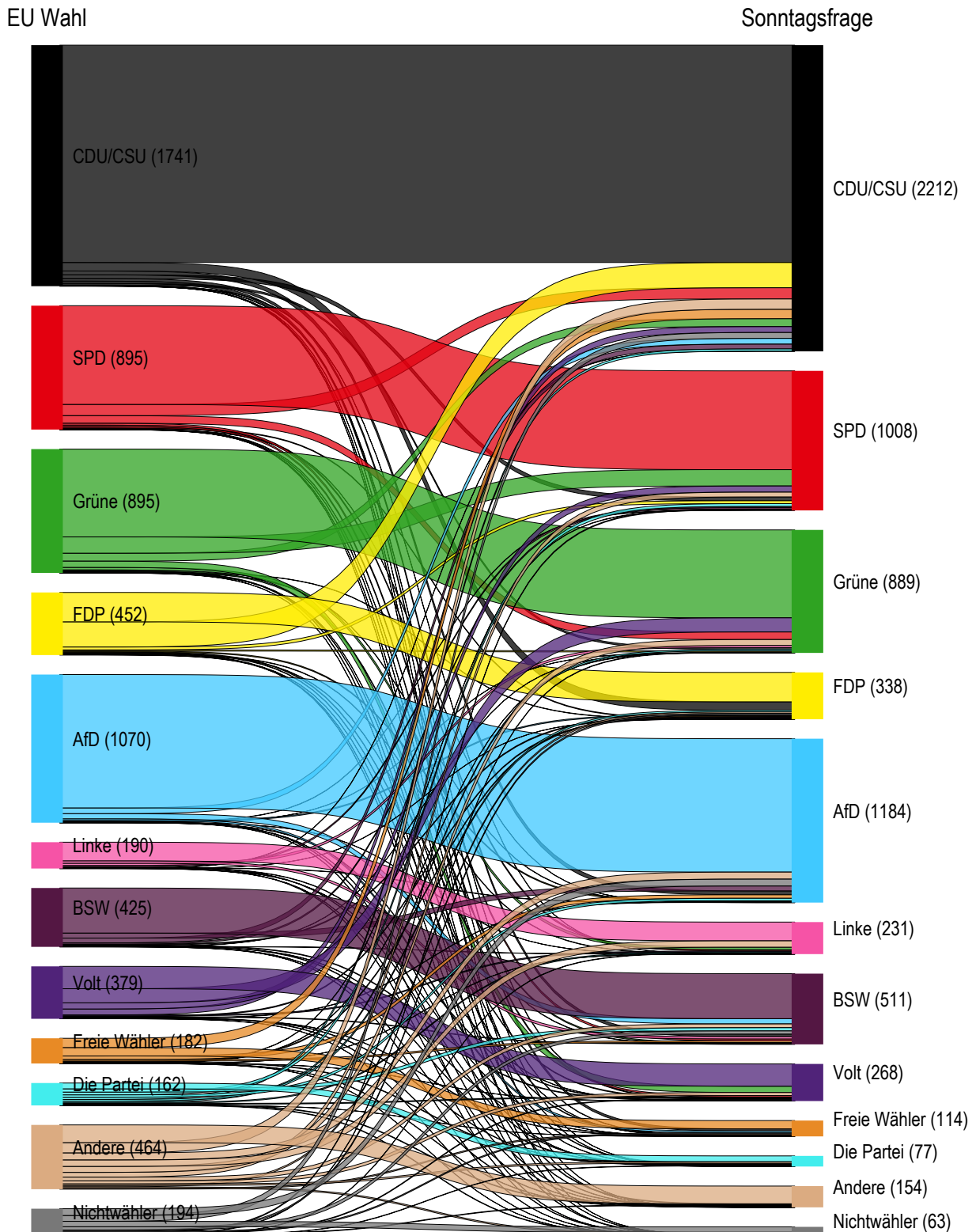
- Die persönliche Zukunft wird in sämtlichen Untergruppen positiver eingeschätzt als die Zukunft Deutschlands.
- Am positivsten auf die Zukunft Deutschlands blicken Anhänger/innen von SPD und Grünen. Weniger positiv gestimmt sind diejenigen von CDU/CSU, FDP und Linke sowie den Sonstigen Parteien. Mit deutlicherem Abstand folgt das BSW und am negativsten wird die Zukunft Deutschlands von den Anhänger/innen der AfD gesehen. Diese schätzen die Zukunft Deutschlands durchschnittlich mit einem Wert von 1,5 zwischen eher und sehr pessimistisch ein.
- Was die persönliche Zukunft anbelangt, wird diese von allen Parteianhänger/innen im Durchschnitt leicht positiv eingeschätzt (Mittelwerte 3,1 bis 3,7). Aber auch hier haben die Anhänger/innen der AfD den niedrigsten Wert.
- Die jüngste Altersgruppe (18-30 Jahre) hat eine etwas optimistischere Sichtweise auf die eigene persönliche Zukunft als die drei älteren Altersgruppen. In Bezug auf die Zukunft des Landes finden sich die am wenigsten pessimistischen Ansichten ebenfalls in dieser und in der ältesten Altersgruppe. Insgesamt sind die Unterschiede nach Altersgruppen jedoch gering.
- Nach Geschlecht lassen sich nur sehr geringe Unterschiede feststellen. Das gilt sowohl im Hinblick auf die Zukunft Deutschlands, als auch auf die eigene Zukunft. Tendenziell sehen Männer die eigene persönliche Zukunft etwas positiver als Frauen, wohingegen sie die Zukunft Deutschlands als etwas schlechter einschätzen als Frauen. Nicht binäre Personen sehen die eigene Zukunft schlechter als Männer und Frauen.
- In Bezug auf den Wohnort (Ost vs. West) sind die Unterschiede marginal.

Abbildung 1.4: Mittelwerte der Antworten zu „Wie sehen Sie die Zukunft Deutschlands?“ „Und wie sehen Sie Ihre persönliche Zukunft?“ nach Wahlabsicht, Altersgruppe, Geschlecht und Wohnort (1 = sehr pessimistisch; 5 = sehr optimistisch)



2. Wählerwanderung EU-Wahl → Sonntagsfrage Bundestagswahl

Abbildung 2.1: Wählerwanderung von EU-Wahl zu Wahlabsicht Bundestagswahl (in Klammer die Anzahl der Teilnehmer/innen)



Im Vergleich zur EU Wahl würden sich, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, deutlich mehr Befragte für eine der Unionsparteien entscheiden. CDU/CSU legen hier in der Wählergunst am deutlichsten zu. Insbesondere von Personen, die bei der EU-Wahl die FDP gewählt haben, bekäme die Union Stimmen. Eben-

falls zulegen würden SPD, AfD, BSW und die Linke zumindest leicht im Vergleich zur EU-Wahl. Stimmen verlieren würden hingegen die Grünen, die FDP und insbesondere die bei der EU-Wahl – bei der es ja keine Sperrklausel gab – vergleichsweise starken Kleinparteien Volt, Freie Wähler, die Partei und die Anderen Parteien.

3. US-Präsidentschaftswahl

Am 23.07.2024 gab US-Präsident Joe Biden bekannt, kein weiteres Mal für das Präsidentenamt kandidieren zu wollen. Als Nachfolgerin schlug er die amtierende Vizekandidatin Kamala Harris vor. Kurz nachdem diese Nachricht verbreitet wurde, haben wir in der Politikpanel-Umfrage bei der entsprechenden Frage „Wen wünschen Sie (am ehesten) als US-Präsidenten?“ die Antwortmöglichkeit „Joe Biden“ zu „Kamala Harris“ verändert. Hierdurch ist es möglich festzustellen, ob Kamala Harris im Vergleich zu Joe Biden von mehr Befragten gegenüber Donald Trump favorisiert wird (vgl. Abb.3.1).

Es zeigt sich, dass unter den Befragten Donald Trump durchweg deutlich weniger Sympathien besitzt als die demokratischen Bewerber/innen. Ab dem Zeitpunkt, als klar war, dass Biden nicht nochmals antreten würde – der Abend des 23.07. – verliert Trump zusätzlich. Harris hingegen kann gegenüber Biden knapp 5 Prozent gutmachen. Dieses Bild unter den deutschen Befragten korrespondiert durchaus mit der Situation in den USA, wo Kamala Harris bereits nach wenigen Tagen als aussichtsreichste demokratische Kandidatin große Spendensummen einsammeln konnte und in Wahlumfragen deutlich auf Donald Trump aufgeholt hat.

Betrachtet man die Präferenzen für Biden bzw. Harris und Trump nach Parteianhängerschaft (Basis: Sonntagsfrage) zeigen sich sehr deutliche Unterschiede (vgl. Tabelle 3.1). Während von den SPD-, Grünen- und Linken-Anhänger/innen so gut wie niemand Donald Trump einem der beiden demokratischen Kandidaten vorziehen würde, wird Trump von den AfD-Anhänger/innen – und nur von diesen – deutlich favorisiert. Im Vergleich zu Joe Biden wird Kamala Harris von allen Wählergruppen positiver gesehen. Unter den CDU/CSU-, FDP- und auch AfD-Anhänger/innen wird sie von 4-5 Prozent mehr präferiert als Joe Biden. Besonders ausgeprägt ist die Differenz zwischen Joe Biden und Kamala Harris in den Ansichten derjenigen Personen mit Wahlabsicht BSW.

Abbildung 3.1: Präferierte(r) US-Präsident bzw. US-Präsidentin

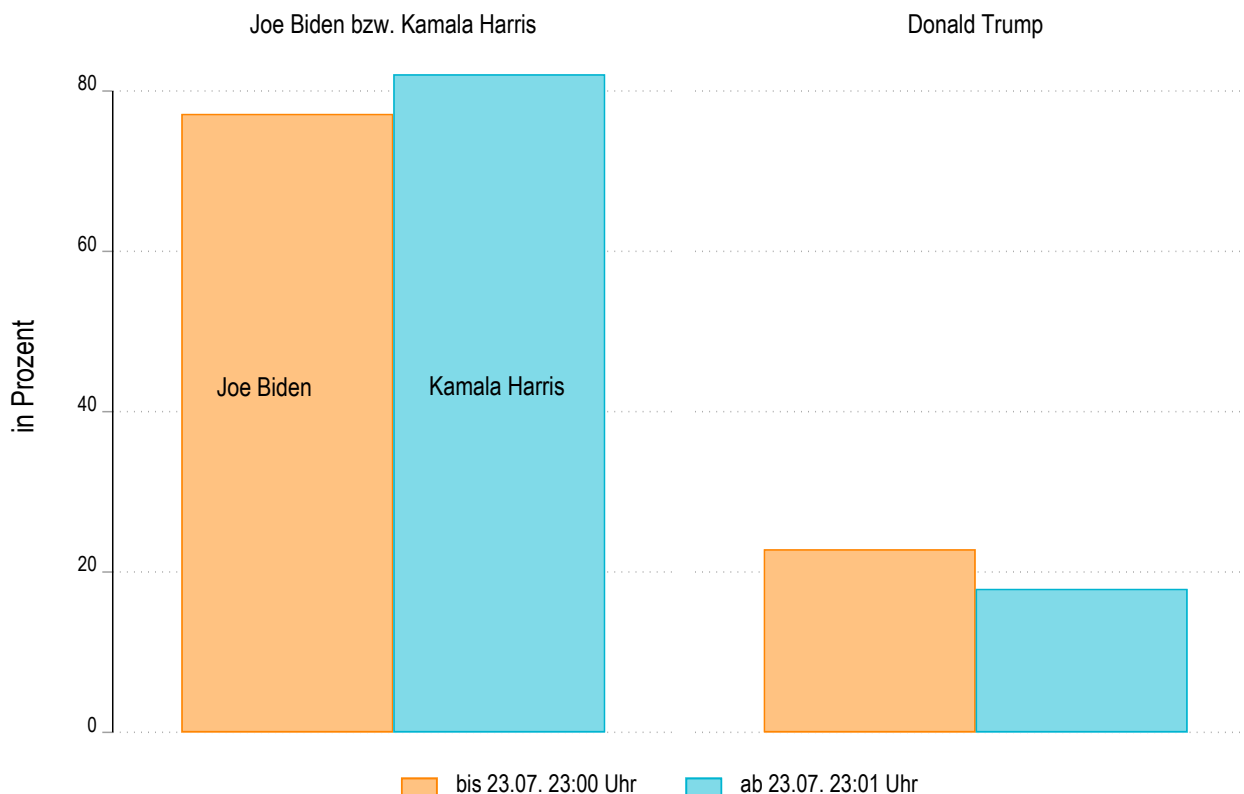
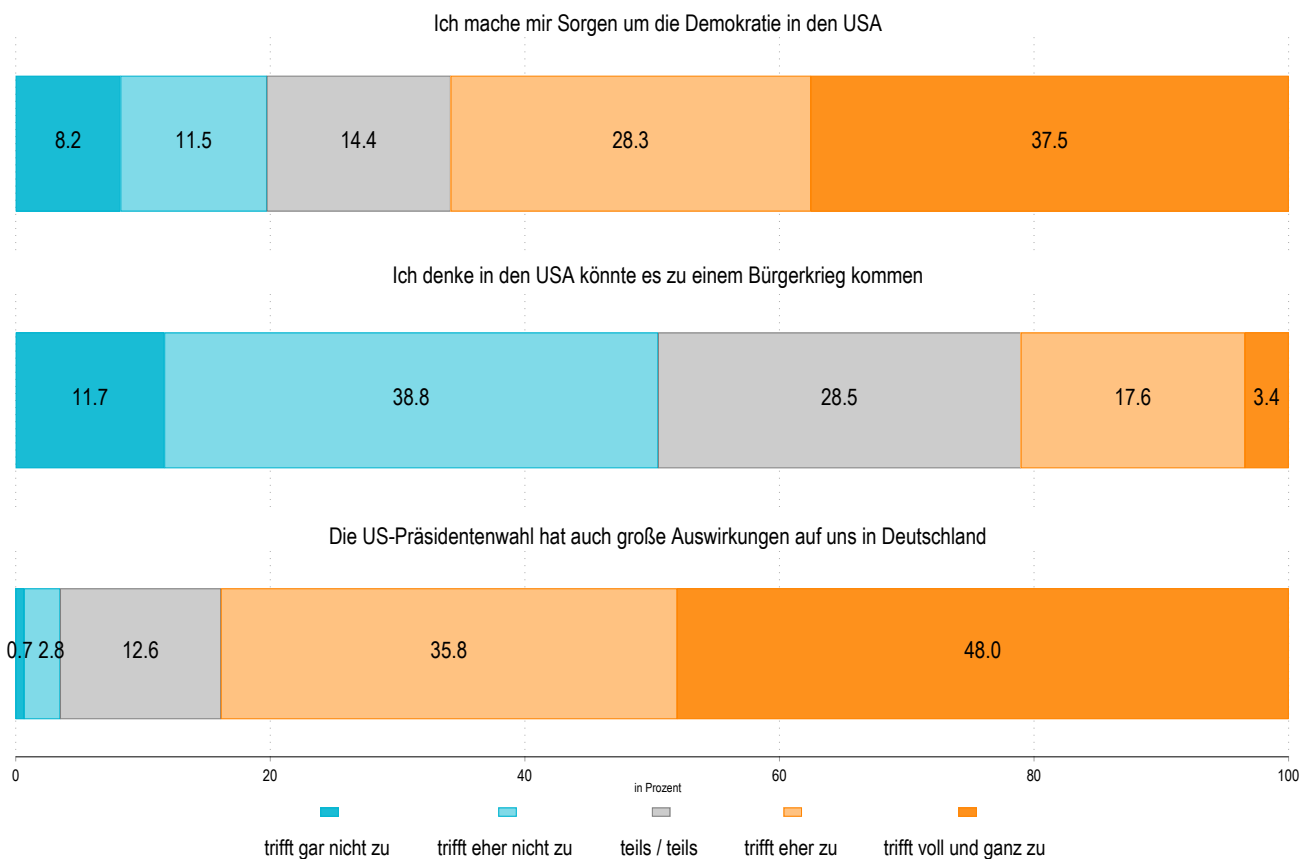


Tabelle 3.1: Präferierte(r) US-Präsident bzw. US-Präsidentin nach Sonntagsfrage

Bis 23.07. 23:00 Uhr	CDU/CSU	SPD	Grüne	FDP	Linke	AfD	BSW	Sonstige	Total
Joe Biden	89,75	98,6	99,4	85,86	99,13	14,72	57,61	82,54	77,15
Donald Trump	10,25	1,4	0,6	14,14	0,87	85,28	42,39	17,46	22,85
Ab 23.07. 23:00 Uhr	CDU/CSU	SPD	Grüne	FDP	Linke	AfD	BSW	Sonstige	Total
Kamala Harris	95,57	99,22	100	89,82	100	19,96	79,75	83,57	82,09
Donald Trump	4,43	0,78	0	10,18	0	80,04	20,25	16,43	17,91

Abbildung 3.2: Fragen zur Demokratie in den USA



Die weiteren Fragen zu den USA zeigen, dass sich mit 66 Prozent die große Mehrheit der Befragten Sorgen um den Zustand der US-amerikanischen Demokratie macht. Selbst der Aussage, dass es in der aufgeheizten Stimmung in den USA, insbesondere nach dem Attentat auf Donald Trump, zu einem Bürgerkrieg kommen könnte, stimmen immerhin noch 21 Prozent voll und ganz oder zumindest eher zu. Etwa die Hälfte der Befragten sieht diese Gefahr hingegen aktuell nicht. Weitgehend einig sind sich die Teilnehmer/innen des Politikpanels in der Einschätzung dessen, wie wichtig die USA für Deutschland sind. Gerade einmal 3,5 Prozent gehen davon aus, dass die US-Präsidentenwahlen keine großen Auswirkungen auf Deutschland haben werden. Fast 84 Prozent hingegen stimmen der Aussage voll und ganz oder eher zu, dass diese Wahlen große Auswirkungen auf Deutschland haben werden.

4. Gesundheit

Der Fokus dieser Befragungswelle lag auf dem Thema Gesundheit. Dabei wurden sowohl Fragen zu gesundheitspolitischen Themen, wie auch zur individuellen Gesundheit der Teilnehmenden gestellt.

In Bezug auf einige der aktuell diskutierten gesundheitspolitischen Themen zeigt sich, dass die Befragten mehrheitlich das aktuelle Krankenhaussystem beibehalten wollen (vgl. Abb. 4.1). So sprechen sich etwa 60 Prozent dafür aus, bestehende Krankenhäuser grundsätzlich nicht zu schließen und knapp 58 Prozent dafür, dass auch kleinere Krankenhäuser auf dem Land grundsätzlich alle medizinischen Leistungen erbringen dürfen. Vor dem Hintergrund leerer Kassen ist gerade letzteres im Zuge des aktuell von Gesundheitsminister Lauterbach eingebrachten Gesetzesentwurfs zu einer Krankenhausreform umstritten. Ziel ist in dieser zwar einerseits die Versorgung auch auf dem Land sicherzustellen, gleichzeitig sollten Krankenhäuser aber nur noch diejenigen Leistungen anbieten dürfen, für die ein einheitlich-vorgegebener Qualitätsstandard erreicht wird. Konkret bei dieser Frage zeigen sich die Befragten gespalten. Während es etwa 40 Prozent ablehnen, dass Krankenhäuser nur noch Behandlungen anbieten dürfen, auf die sie spezialisiert sind, befürworten dies auch 37 Prozent.

In Bezug auf weitere Möglichkeiten das Gesundheitssystem zu entlasten herrscht hingegen bei der Mehrheit der Befragten eine grundsätzliche Offenheit vor. So sind nur 25 Prozent dagegen, dass auch Pflegeexpert/innen mit Masterabschluss, bestimmte bislang Ärzt/innen vorbehaltenen medizinischen Leistungen erbringen sollen dürfen. Die Befürworter/innen eines solchen nicht mehr ausschließlich auf Ärzt/innen zentrierten Gesundheitssystems argumentieren, dass hierdurch eine höhere Kosteneffizienz und auch eine qualitativ bessere medizinische Versorgung erreicht werden könnte, auch da sich Ärzt/innen so auf die schwerwiegenderen Fälle konzentrieren könnten. Ähnliche Systeme gibt es etwa bereits in der Schweiz, den USA oder den skandinavischen Ländern. In eine ähnliche Richtung geht auch die Idee die Krankenversorgung vermehrt aus den Krankenhäusern heraus in ambulante Einrichtungen zu verlegen (etwa in örtliche Gesundheitszentren). Auch dies wird von der Mehrheit der Teilnehmer/innen (53 Prozent) befürwortet.

Bereits seit Jahren gibt es eine Debatte darüber, ob das aktuell bestehende zweigeteilte System aus gesetzlicher und privater Krankenkasse abgeschafft und durch eine Bürgerversicherung für alle ersetzt werden sollte. Nur Zusatzleistungen würden dann weiterhin privat abgesichert. SPD, Grüne und Linkspartei sind generell für einen solchen grundlegenden Wandel des Krankenversicherungssystems und argumentieren hier vor allem damit, dass eine Bürgerversicherung solidarischer und gerechter wäre. Die Gegner/innen, zu denen auch die Unionsparteien und die FDP gehören, warnen jedoch davor, dass sich die Gesundheitsversorgung in Deutschland durch eine Bürgerversicherung verschlechtern könnte, da der aktuell gegebene Wettbewerb zwischen gesetzlichen und privaten Krankenversicherungen dann wegfallen würde und Leistungen somit leichter eingeschränkt werden könnten. Die Befragten im Politikpanel haben hierzu eine deutliche Meinung. 63 Prozent wären für eine Bürgerversicherung, während 21 Prozent das aktuelle System mit den privaten Krankenversicherungen aufrechterhalten wollen. Im Vergleich zu den anderen gesundheitspolitischen Fragen haben die Teilnehmer/innen hierbei auch die deutlichste Meinung. Nur gut 12 Prozent haben auf diese Frage mit „weiß nicht/keine Meinung“ geantwortet.

Ein weiteres aktuell in diesem Bereich intensiv diskutiertes Thema ist die verstärkte Nutzung von digitalen Angeboten im Gesundheitssektor (vgl. Abb. 4.2). Von diesen werden ebenfalls Kostenvorteile erwartet. Die Befragung zeigt hier zweierlei: erstens werden solche digitalen Angebote aktuell unterschiedlich stark genutzt. Während bereits mehr als die Hälfte der Befragten Medikamente auch online bestellen und 44 Prozent Fitness Tracker/Apps verwenden, werden digitale Gesundheitsanwendungen (Apps auf Rezept) und online Videosprechstunden bislang nur von einer Minderheit genutzt. Zweitens zeigen die Daten, dass grundsätzlich eine hohe Bereitschaft unter den Teilnehmer/innen vorherrscht, digitale Angebote im Bereich der Gesundheit zu nutzen: nur gut 20 Prozent können sich dies gar nicht vorstellen (bei den Fitness-Trackern/Apps etwa 30 Prozent).

Wie die Befragten die Kompetenz der einzelnen Parteien im Bereich der Gesundheit einschätzen, zeigt Abb. 4.3. Wenig verwunderlich wird der SPD, die mit Karl Lauterbach den aktuellen Bundesgesundheitsminister stellt, die höchste Kompetenz bescheinigt. Es folgen Grüne und CDU/CSU. Die Kompetenz der FDP und der Linken werden niedriger, die des BSW noch niedriger und besonders niedrig die der AfD eingeschätzt. Gleichzeitig fällt insbesondere beim relativ neu gegründeten BSW auf, dass sich dort sehr viele Befragte keine Einschätzung zutrauen.

Abbildung 4.1: Einstellungen zu gesundheitspolitischen Fragen

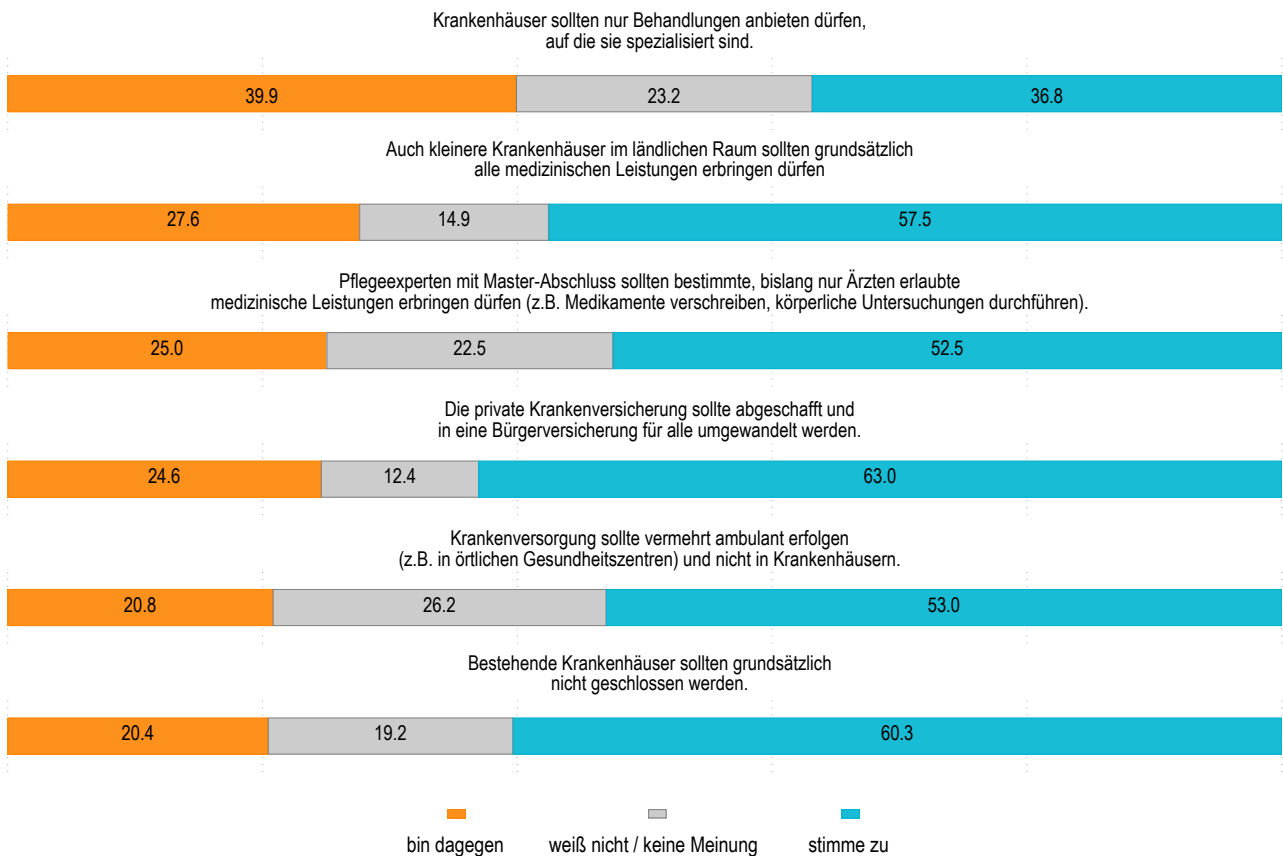


Abbildung 4.2: Nutzung digitaler Gesundheitsdienste

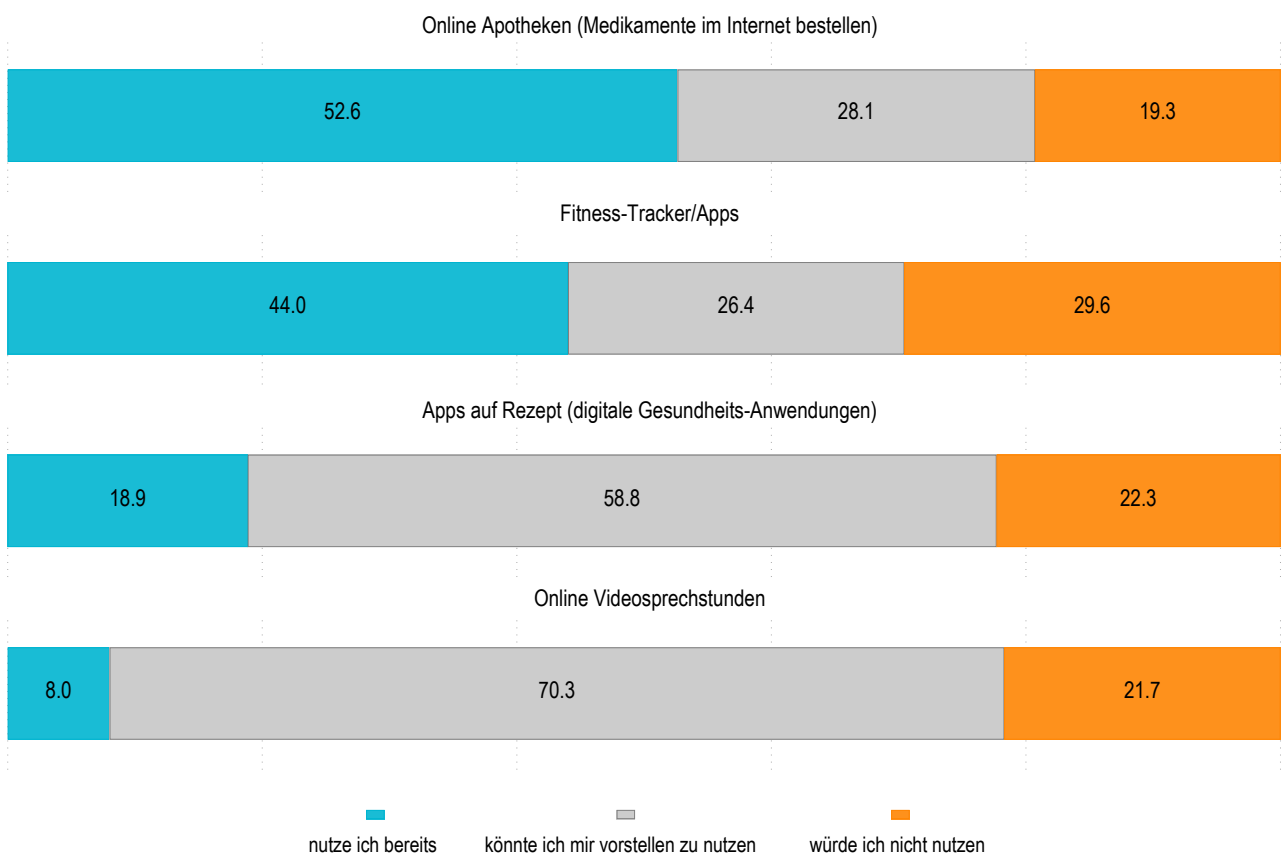
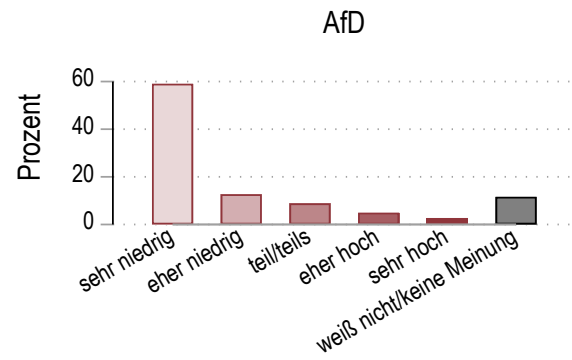
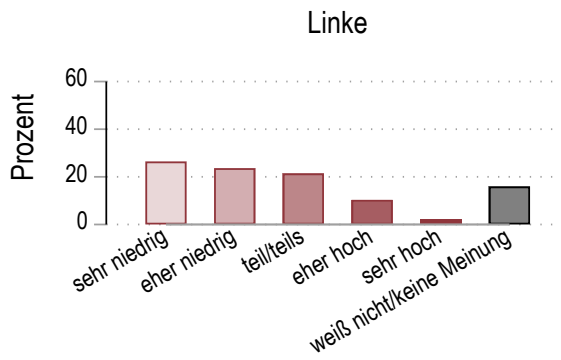
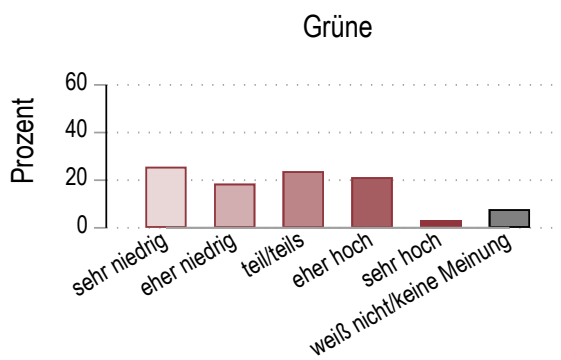
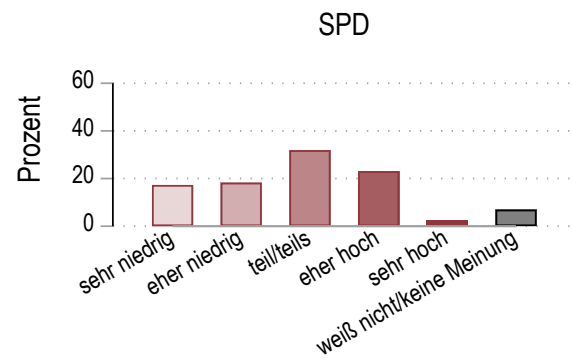
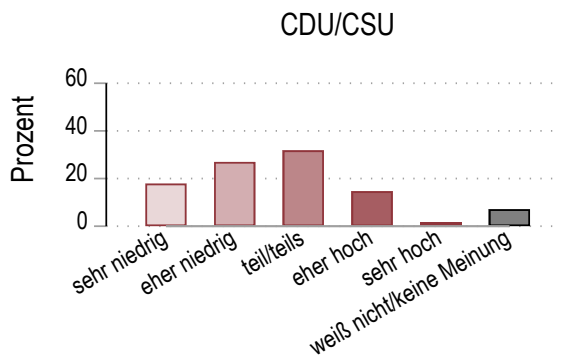


Abbildung 4.3: Bewerten Sie die Kompetenz der folgenden Parteien im Bereich der Gesundheitspolitik



Im Rahmen eines kleinen Experiments wurde in der Umfrage getestet, wie die Befragten zur Möglichkeit von Online-Sprechstunden im Vergleich zu regulären Sprechstunden vor Ort stehen. Die Befragten bekamen hierfür den folgenden kurzen Frame präsentiert:

Angenommen, Sie stellen bei sich einen neuen Hautausschlag fest und möchten diesen von einem Hautarzt abklären lassen. Sie haben die folgenden beiden Möglichkeiten für einen Sprechstundentermin. Für welche entscheiden Sie sich?

Die Teilnehmer/innen konnten dann jeweils zwischen einer Online/Video-Sprechstunde und einem regulären Sprechstundentermin vor Ort auswählen. Zufällig wurden die Befragten in fünf Gruppen eingeteilt. Die Dauer für den Online-Termin war dabei bei allen Gruppen auf eine Woche festgelegt. Die für den Präsenz-Sprechstundentermin variierte zwischen 1 Woche und 6 Monaten.

Tabelle 4.1 zeigt das Ergebnis des Experiments aufgeschlüsselt nach Altersgruppen. Während sich in dem Fall, in dem beide Termine in einer Woche möglich wären (Gruppe I), in allen Altersgruppen zwischen 88 und 90 Prozent für den Vor-Ort-Termin entscheiden würden, wächst die Zahl derjenigen, die die Online/Video-Sprechstunde wählen würden an, je länger man auf einen Vor-Ort-Termin warten müsste. Ab einer Wartezeit von einem Monat würden sich bereits in allen Altersgruppen die Mehrheit der Befragten für die Online/Video-Sprechstunde entscheiden. In Gruppe V, bei der der Vor-Ort-Termin erst in sechs Monaten möglich wäre, würden sich bereits mehr als 4/5 der Befragten für den Online/Video-Termin entscheiden. Es zeigt sich allerdings auch eine gewisse Varianz zwischen den Altersgruppen. So haben insbesondere Personen über 60 Jahre größere Vorbehalte gegenüber Online/Videosprechstunden, während die jüngste Altersgruppe (18-30 Jahre) hier aufgeschlossener ist.

Tabelle 4.1: Experiment zu Online/Video-Sprechstunden

		Altersgruppe				Total
		18-30	31-45	46-60	> 60	
Gruppe I	Online/Video-Sprechstunde in einer Woche vor Ort Termin in einer Woche	11,9	9,6	11,1	10,5	10,7
		88,1	90,4	88,9	89,5	89,3
Gruppe II	Online/Video-Sprechstunde in einer Woche vor Ort Termin in zwei Wochen	39,5	45,2	43,6	29,6	37,9
		60,5	54,8	56,4	70,4	62,1
Gruppe III	Online/Video-Sprechstunde in einer Woche vor Ort Termin in einem Monat	65,4	67,1	57,3	53,0	59,2
		34,6	32,9	42,7	47,0	40,8
Gruppe IV	Online/Video-Sprechstunde in einer Woche vor Ort Termin in drei Monaten	84,5	78,0	76,2	70,3	75,6
		15,5	22,0	23,8	29,7	24,4
Gruppe V	Online/Video-Sprechstunde in einer Woche vor Ort Termin in sechs Monaten	87,2	81,9	84,3	77,5	81,8
		12,8	18,1	15,7	22,5	18,2

Neben den politischen Einstellungsfragen beinhaltete die aktuelle Politikpanel-Umfrage auch eine Reihe an Fragen zur eigenen Gesundheit, zu den Ernährungs- und Bewegungsgewohnheiten der Teilnehmer/innen. In Abbildung 4.4 zeigt sich zunächst, dass die Befragten durchweg bei allen genannten, die Gesundheit beeinflussenden Dingen, mehrheitlich angeben, dass ihnen diese eher oder sehr wichtig sind. Am wichtigsten wird ausreichend Schlaf erachtet, am wenigsten wichtig ist den Befragten kein oder wenig Alkohol zu konsumieren. Daneben zeigen sich aber auch gewisse Geschlechterunterschiede. Den Frauen sind die abgefragten, gesundheitsförderlichen Dinge tendenziell wichtiger als den Männern. So geben etwa 12 Prozent mehr Frauen als Männer an, dass ihnen Stressreduktion, gesunde Ernährung und ausreichend Schlaf sehr wichtig sind. Bei körperlicher Betätigung/Fitness und Sport ist das Bild leicht anders. Hier geben etwa gleich viel Prozent Frauen und Männer an, dass ihnen dies sehr wichtig ist. Bei der Frage, wie wichtig es den Befragten ist, keinen/wenig Tabak zu konsumieren, zeigen sich die geringsten Geschlechterunterschiede. Vorsorgeuntersuchungen sind Männern nicht so wichtig wie Frauen. Gleichwohl sind es auch unter den Männern nur 5 Prozent, die angeben, dass ihnen

Vorsorgeuntersuchungen gar nicht wichtig sind. Aus der Perspektive der öffentlichen Gesundheit sind das zumindest halbwegs gute Nachrichten.

Abbildung 4.4: Antworten auf die Frage: Wie wichtig sind Ihnen generell die folgenden Dinge?

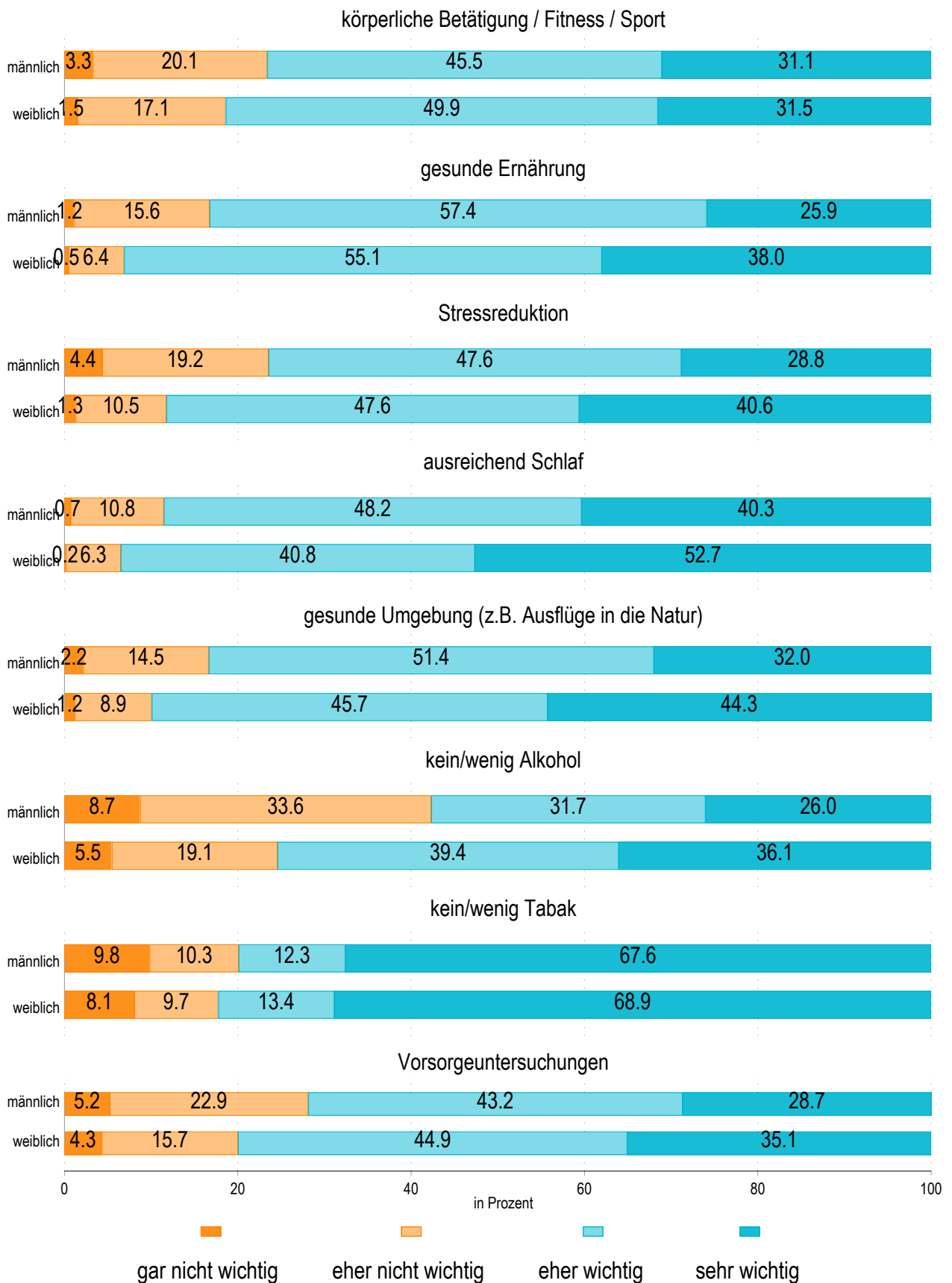
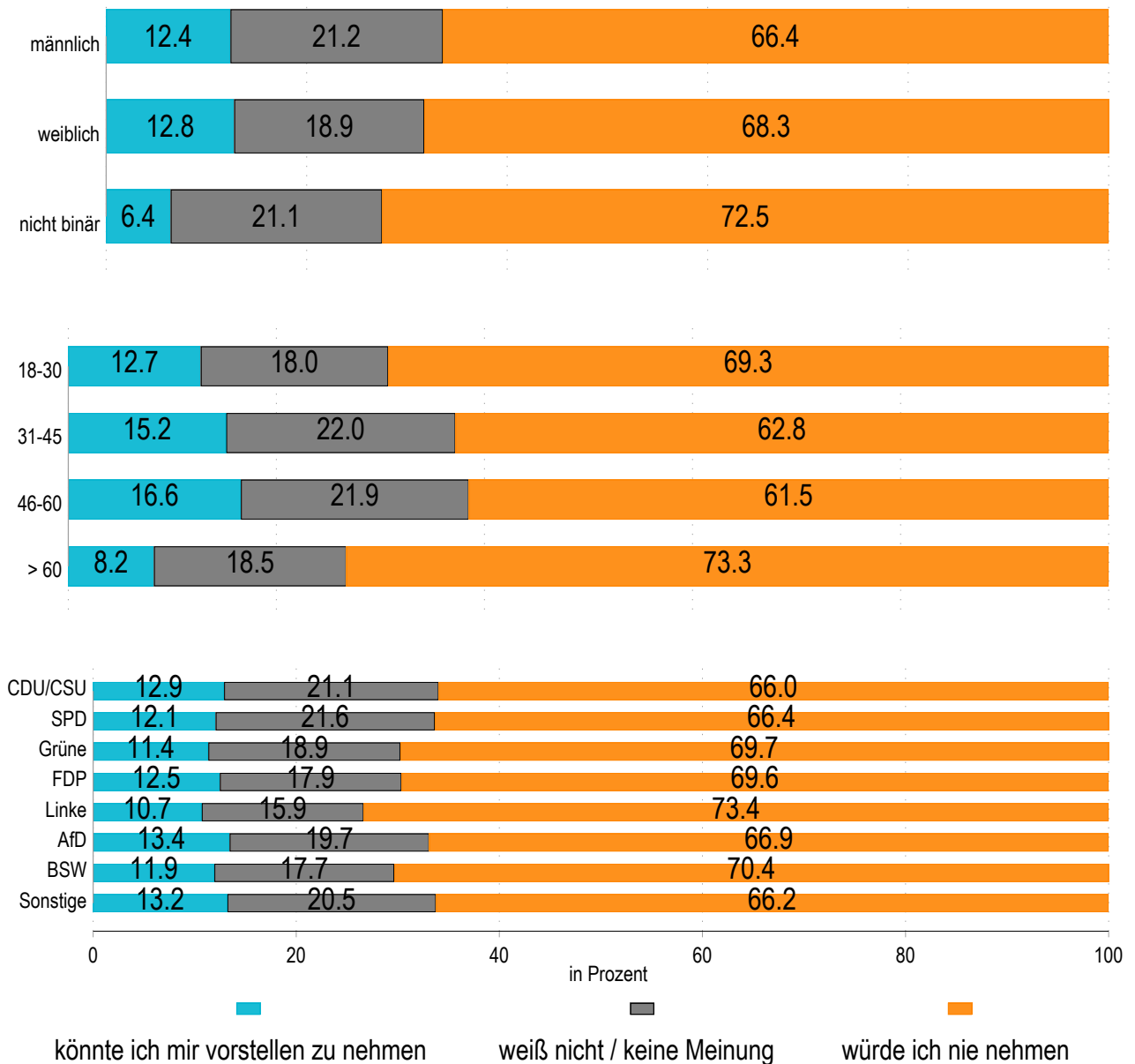


Abbildung 4.5: Einstellungen zur Abnehm-Spritze nach Geschlecht, Alter und Wahlabsicht



In Bezug auf die seit einigen Monaten auf dem Markt befindliche Abnehm-Spritzen sind die Teilnehmer/innen mehrheitlich skeptisch und geben an, dass sie eine solche nie nehmen würden. Unterschiede zwischen Männern und Frauen zeigen sich dabei so gut wie keine. Nicht binäre Personen geben seltener an, sich vorstellen zu können, eine solche Abnehm-Spritze zu nutzen.

Abbildungen 4.6 und 4.7 zeigen die Ernährungsgewohnheiten der Befragten auf. Während vegane und vegetarische Ernährungsweisen bei Männern (7 Prozent) wie bei Frauen (15 Prozent) deutlich die Minderheit darstellen, geben 49 Prozent der nicht binären Personen an, sich entweder vegan oder vegetarisch zu ernähren. Aus gesundheitlicher Perspektive gelten Fastfood und Fertiggerichte generell als schlecht. Die Befragten geben bei diesen beiden Kategorien mit großer Mehrheit an, dies entweder nie oder nur selten zu essen. Gleichzeitig geben etwa 80 Prozent an mindestens alle 2-3 Tage selbst zu kochen. Während Fleisch und Wurstwaren bei gut 65 Prozent der Befragten mindestens alle 2-3 Tage auf dem Speiseplan stehen, was aus gesundheitlicher Perspektive zu viel ist (laut Deutsche Gesellschaft für Ernährung sollten Erwachsene pro Woche nicht mehr als

300 Gramm Fleisch essen)³, geben auch zwischen 50 und 60 Prozent an, täglich Obst und/oder Gemüse zu essen. Hier besteht entsprechend zwar auch ein gewisser Aufholbedarf, zentraler dürfte es jedoch für viele sein, den Konsum von Fleisch und Wurstwaren zu reduzieren, um den Empfehlungen für eine gesunde Ernährungsweise nahe zu kommen.

Abbildung 4.6: Ernährungsgewohnheiten I

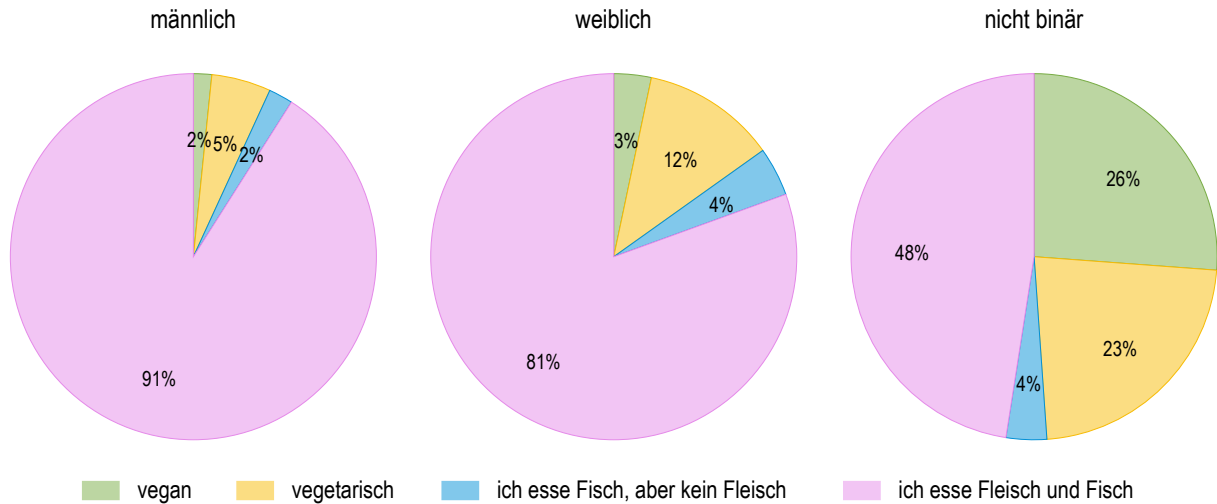
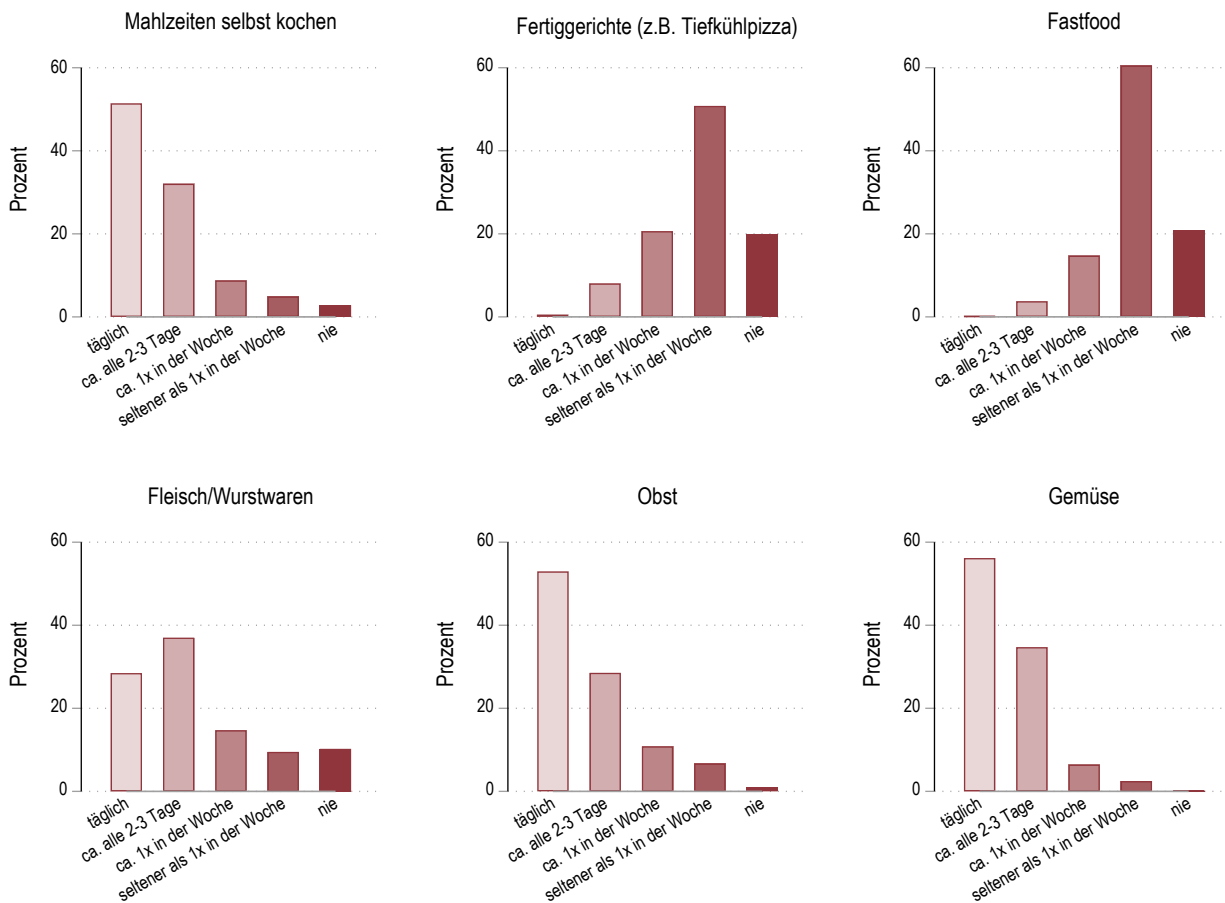


Abbildung 4.7: Ernährungsgewohnheiten II



³ Vgl. <https://www.tagesschau.de/wissen/gesundheit/ernaehrungsempfehlungen-100.html>

Die Befragten wurden zudem gebeten anzugeben, wie zufrieden sie mit ihrem Gewicht, ihrer körperlichen Fitness und ihrem Gesundheitszustand sind. Die Abbildungen 4.8 und 4.9 werten die Antworten nach Geschlecht, Alter und Wahlabsicht (Sonntagsfrage) aus. Es zeigt sich, dass Frauen über alle Altersgruppen hinweg unzufriedener mit ihrem Gewicht sind als Männer. In Bezug auf die körperliche Fitness sind v.a. nicht binäre Personen unzufrieden (nicht in Abbildung), während es hier relativ wenige Unterschiede zwischen Männern und Frauen gibt. Ein ähnliches Bild liefert die Frage zum Gesundheitszustand. Auch hier sind nicht binäre Personen am unzufriedensten.

Unterteilt man nach Altersgruppen zeigt sich bei allen drei abgefragten Variablen eine U-förmiger Zusammenhang mit dem Alter. Die mittleren Alterskohorten 30-45 und 45-60 Jahre sind weniger zufrieden mit ihrem Gewicht, ihrer Fitness und ihrem Gesundheitszustand, die jungen (18-30 Jahre) und alten (>60 Jahre) haben hier ein positiveres Bild von sich selbst.

In Bezug auf die Wahlabsicht lassen sich nur wenige systematische Unterschiede feststellen. Zunächst stechen die Anhänger/innen der Linken ins Auge. Diese geben sowohl bei der Frage nach dem eigenen Gesundheitszustand als auch der nach dem Fitnesslevel mit deutlichem Abstand am seltensten an zufrieden zu sein. Weniger als 1 Prozent der Linken ist sehr zufrieden mit der eigenen Fitness. Und auch bei der Frage nach der Zufriedenheit mit dem eigenen Gewicht schneiden die Anhänger/innen der Linken am schlechtesten ab (gerade einmal 7 Prozent sind hier sehr zufrieden).

Die Einstellungen der Befragten zu unterschiedlichen medizinischen Ansätzen wurden ebenfalls abgefragt. Die Ergebnisse einerseits nach Alter und Geschlecht und andererseits nach Wahlabsicht finden sich in den Abbildungen 4.10 und 4.11. Frauen und ältere Alterskohorten sind alternativen medizinischen Ansätzen wie Naturheilkunde, Homöopathie und Anthroposophie tendenziell aufgeschlossener. So sehen etwa 52 Prozent der Frauen zwischen 45 und 60 Jahre die in der westlichen Welt als Alternativmedizin geltende traditionelle chinesische Medizin eher oder sehr positiv, während es bei den unter 30-jährigen Männern gerade einmal 10 Prozent sind. Es zeigt sich zudem, dass es einen deutlichen Zusammenhang zwischen der Ablehnung der Schulmedizin (bzw. im Umkehrschluss der positiven Sicht auf alternative medizinische Ansätze) und der Wahlabsicht gibt. Besonders Anhänger/innen von AfD und BSW sowie, in etwas schwächerer Form, die der sonstigen Parteien stechen hier mit einer positiveren Sicht auf alternative Medizinansätze hervor. Während etwa unter den Anhänger/innen von CDU/CSU, SPD, FDP, Grünen und Linken maximal sechs Prozent Homöopathie sehr positiv sehen sind es bei denen der AfD fast 14 und bei denen des BSW 16 Prozent.

Bewegung und ein sportlich-aktiver Lebensstil werden von der medizinischen Forschung als zentrale Elemente für die menschliche Gesundheit betrachtet. Entsprechend waren im Politikpanel auch Fragen zu Sport und Bewegung enthalten. Abbildung 4.12. zeigt die Antworten auf die Frage, wie viele Stunden man pro Tag sitzend verbringt. Es fällt auf, dass die häufigste gewählte Kategorie in der jüngsten Altersgruppe (18-30 Jahre) unter der Woche 10 Stunden sind, wohingegen es in der ältesten Altersgruppe (> 60 Jahre) die Kategorie „weniger als 3 Stunden“ ist. Generell zeigt sich, dass insbesondere an Wochenenden ältere Altersgruppen angeben weniger zu sitzen als jüngere.

Abbildung 13 zeigt aufgliedert nach Altersgruppen und Geschlecht wie häufig die Befragten bestimmte Sportarten bzw. Aktivitäten ausüben. Besonders häufig wird Spaziergehen angegeben – dies auch von allen Altersgruppen und Männern wie Frauen. Unterschiede zeigen sich hingegen bei Yoga/Pilates, das fast ausschließlich von Frauen ausgeübt wird. Junge Männer unter 30 Jahren machen häufiger E-Sports und auch häufiger Krafttraining als die anderen Personengruppen. Beim Krafttraining zeigt sich allerdings, dass dies durchaus auch von Frauen relativ häufig gemacht wird. Von einer reinen Männersportart kann hier also nicht die Rede sein. Zudem fällt auf, dass Männer über 60 Jahre deutlich häufiger angeben mindestens alle 2-3 Tage Radzufahren, als Frauen und auch als jüngere Männer.

Abbildung 4.8: Zufriedenheit mit Gewicht, körperlicher Fitness und Gesundheit (nach Alter und Geschlecht)

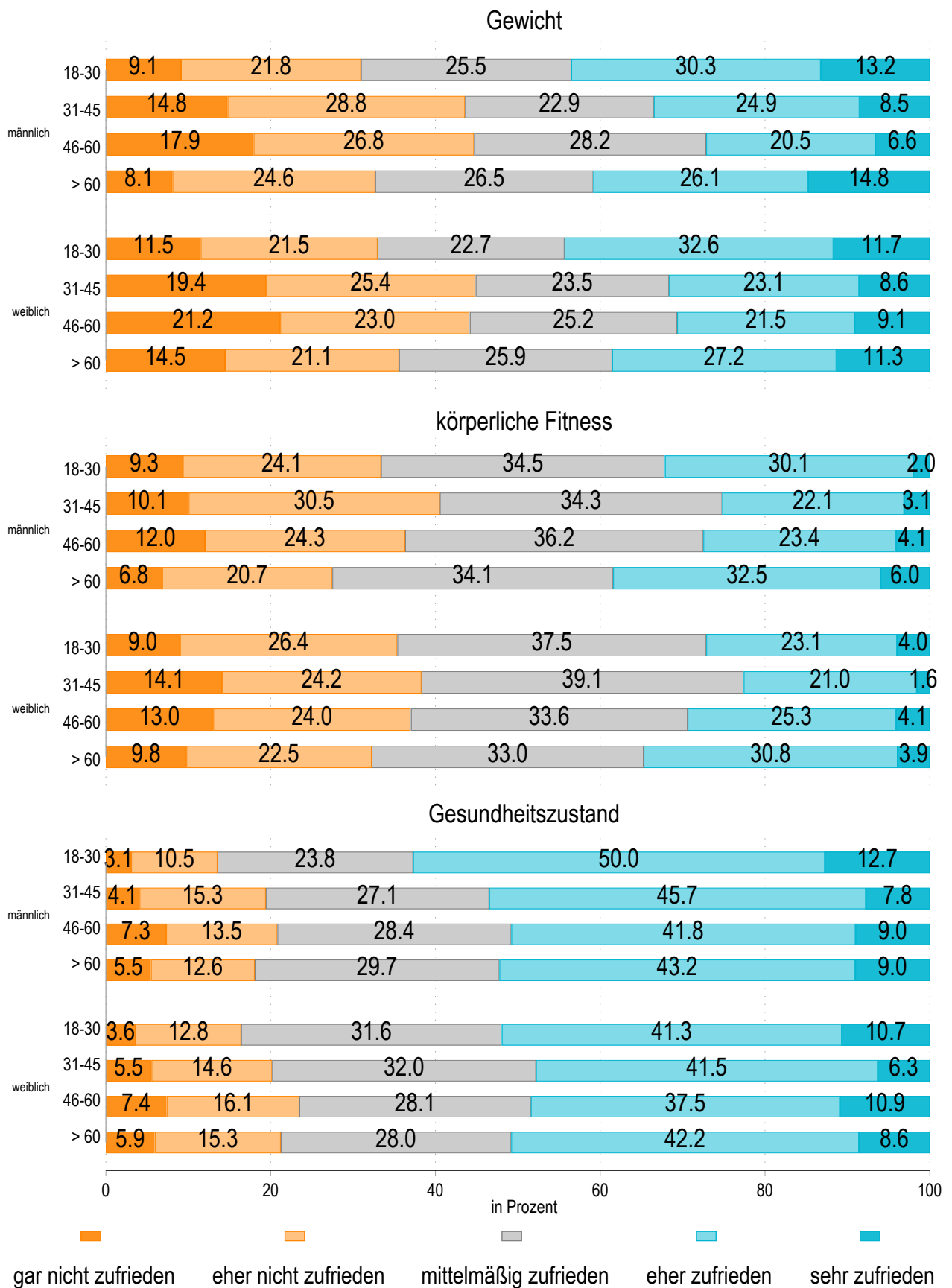


Abbildung 4.9: Zufriedenheit mit Gewicht, körperlicher Fitness und Gesundheit (nach Wahlabsicht)

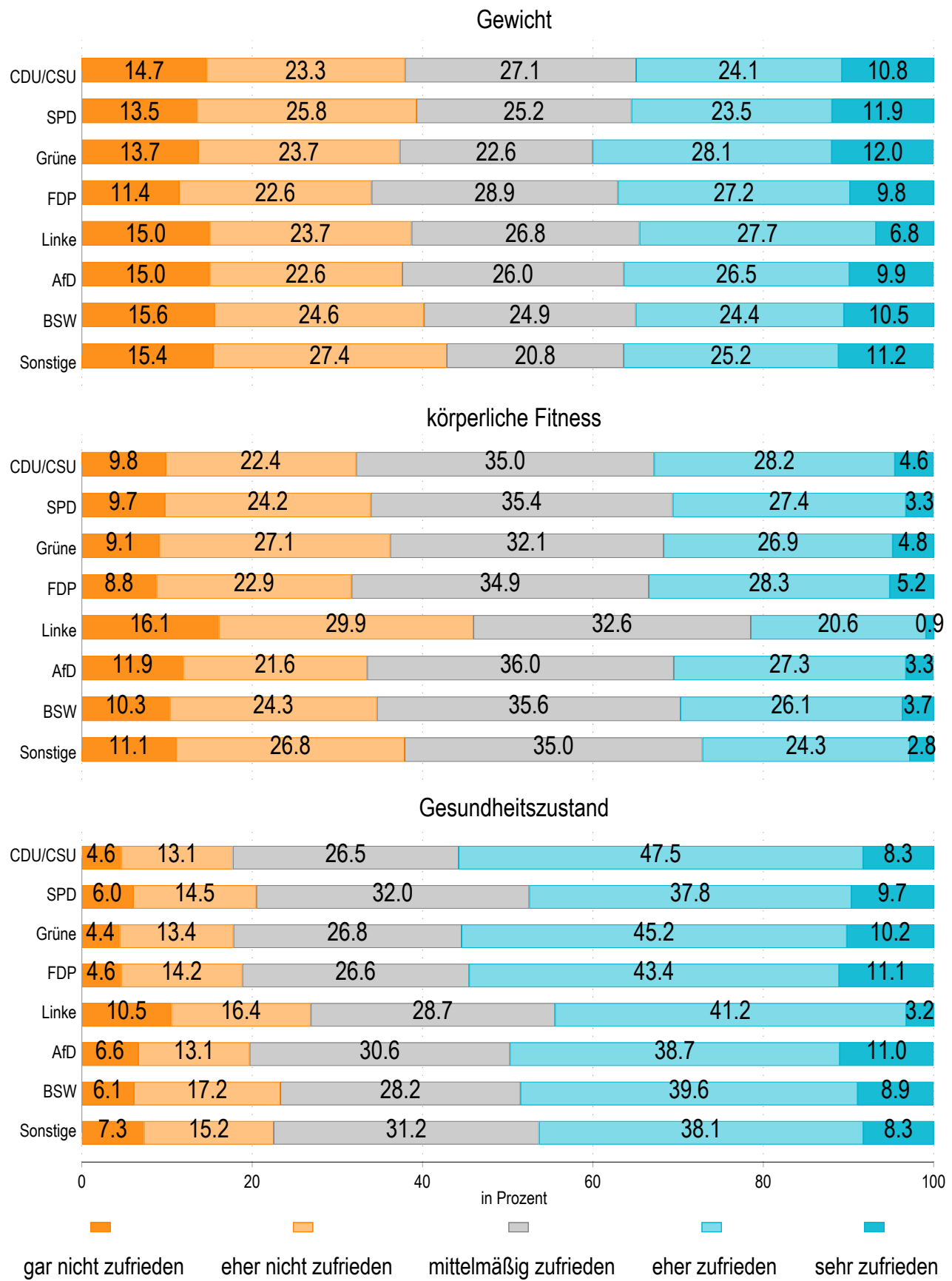


Abbildung 4.10: Einstellungen zu medizinischen Ansätzen (nach Alter und Geschlecht)

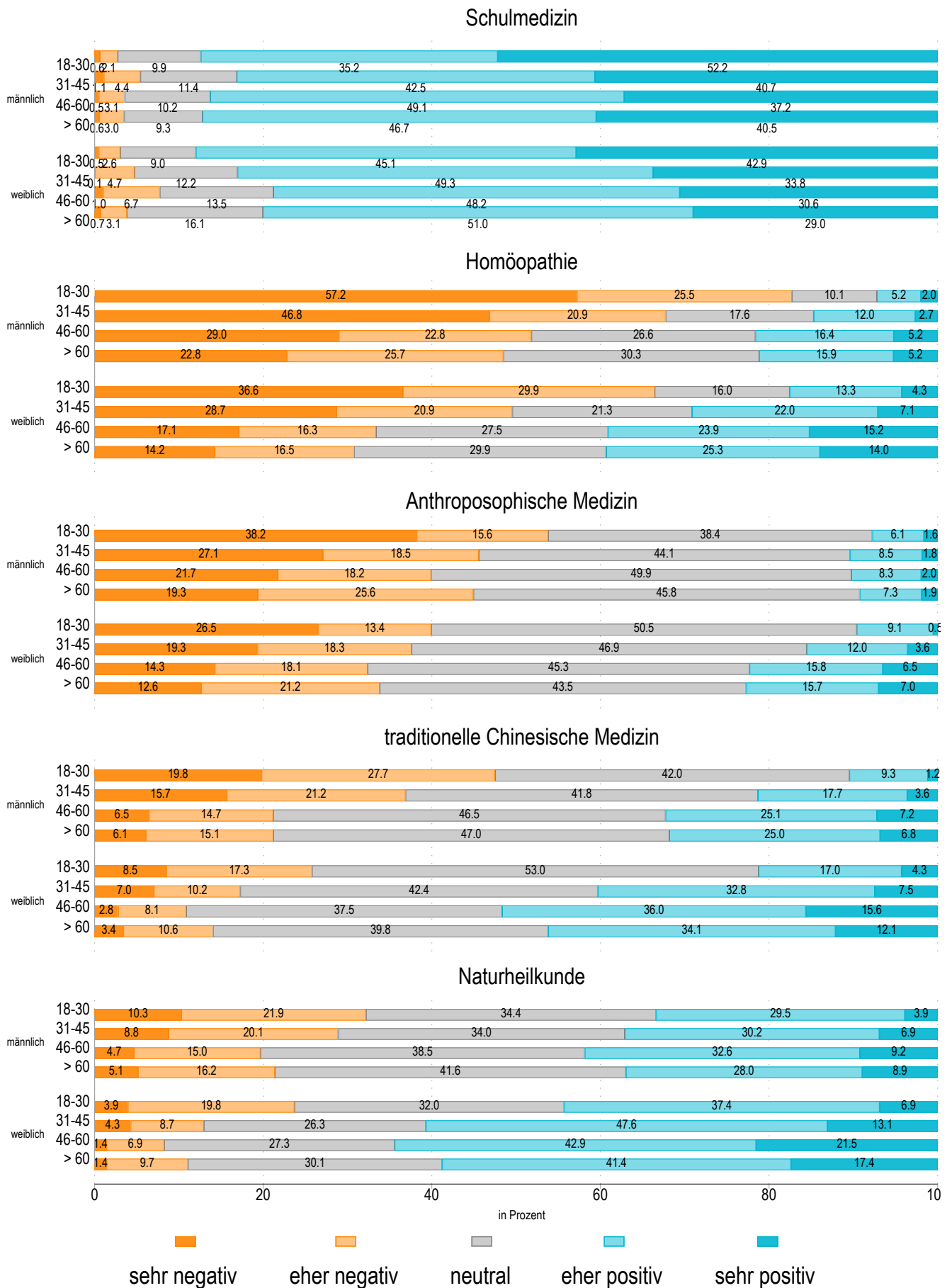


Abbildung 4.11: Einstellungen zu medizinischen Ansätzen (nach Wahlabsicht)

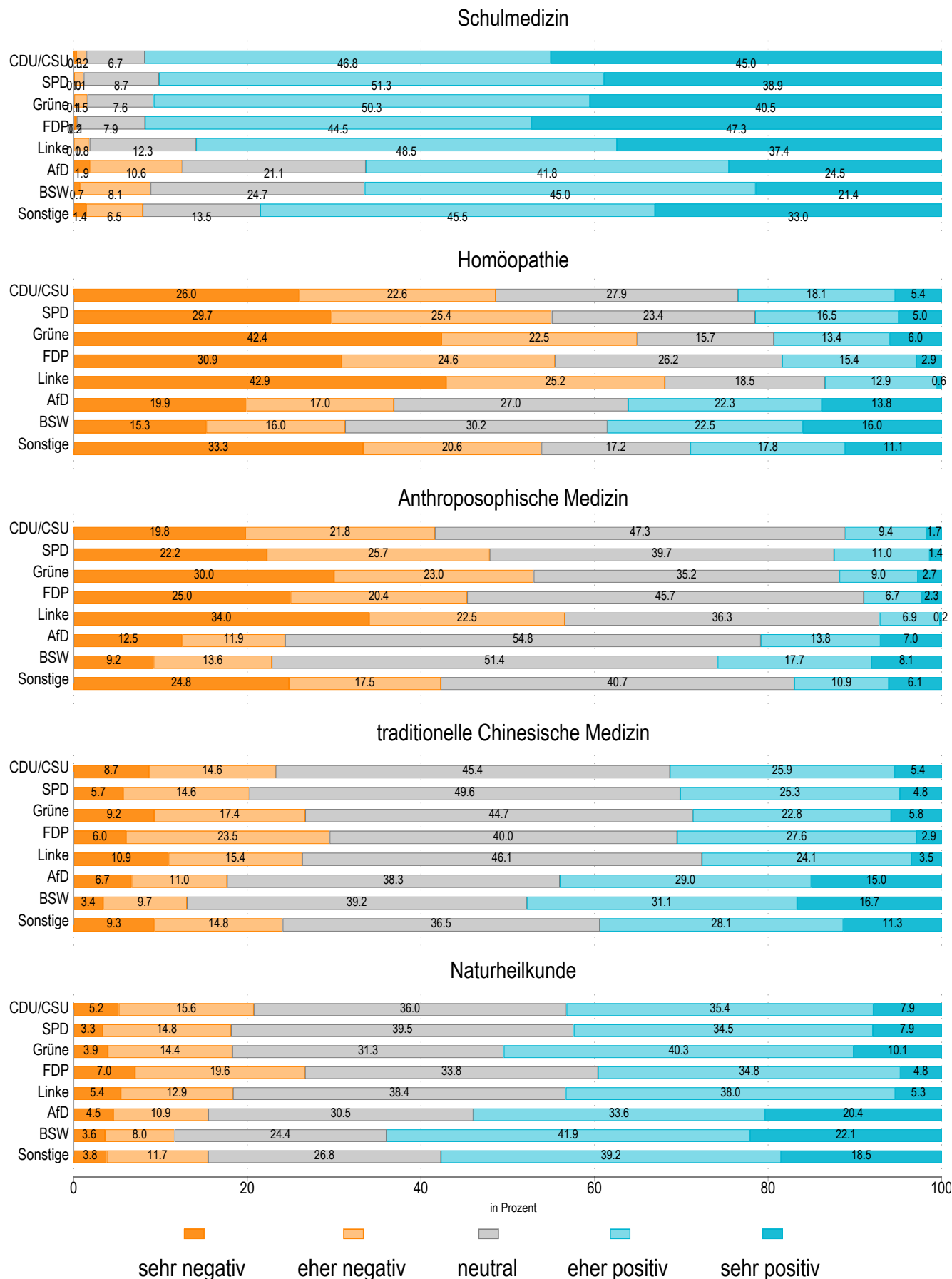


Abbildung 4.12: Wie viele Stunden sitzen Sie pro Tag (nach Alter)

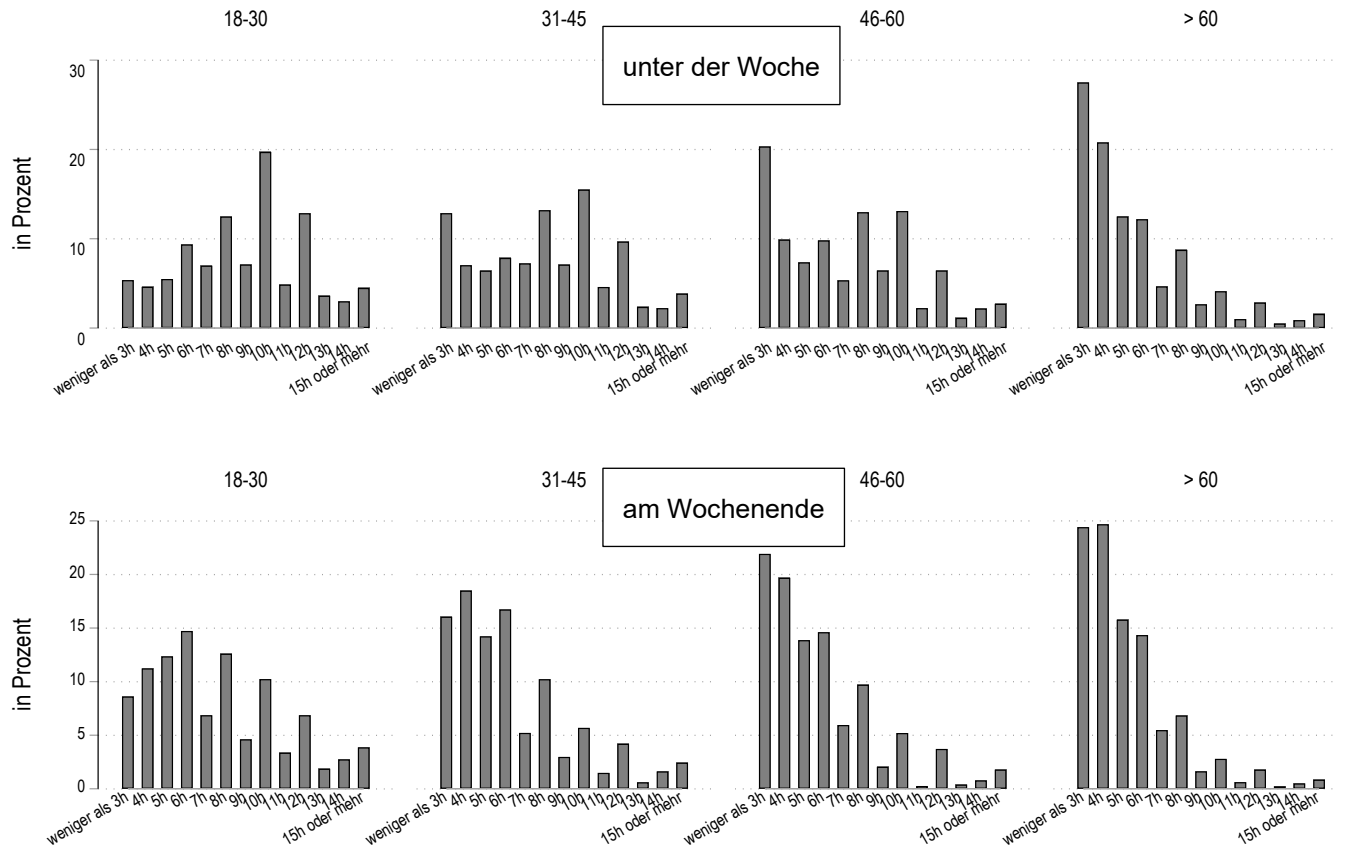


Abbildung 4.13: Sportliche Aktivität (nach Geschlecht und Alter)

